

Joachim Bischoff/Bernhard Müller
Berliner Republik: eine Klassengesellschaft

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, *Bernhard Müller* Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus.de*.

Joachim Bischoff/Bernhard Müller

Berliner Republik: eine Klassengesellschaft

Soziale Spaltungen, Wut auf das Establishment
und rechte Ressentiments

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2019, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Titelfoto: jock + scott/Photocase
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-884-2

Inhalt

1. Soziale Ungleichheit – Rückkehr der Klassenfrage	7
2. Globalisierung und ihre Schattenseiten	13
2.1 Globalisierung des Kapitals	16
2.2 Verstärkung der Ungleichheit als Trend	18
2.3 Die Expansion einer Mittelschicht in bestimmten Ländern	19
3. Die BRD = europäischer, regulierter demokratischer Kapitalismus ...	26
3.1 Finanzialisierung	27
3.2 Transformation der BRD-Gesellschaft	28
3.3 Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise	30
3.4 Kreditboom, der nachfolgende Crash 2008 und die Perspektiven	30
3.5 Lebensqualität und soziale Spaltung	32
3.6 Erosion im politischen und Parteiensystem	34
4. Auflösung der Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherheit	39
5. Veränderungen im Akkumulationsregime – das Beispiel Deutschland	45
5.1 Wachsende Ungleichheit bei den verfügbaren Haushaltseinkommen	47
5.2 Ungleichheit der Einkommen unverändert hoch	50
5.3 Umverteilung über Sozialstaat	50
5.4 Armut wächst trotz Wirtschaftswachstum	60
5.5 Ursachen	62
6. Klassen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts	71
6.1 Lohnabhängige Mittelklassen	73
6.2 »Gesellschaftliche Mitte« unter Druck	78
6.3 Mythos Mitte?	82

7. Soziale Spaltung und Rechtspopulismus	92
7.1 Von der Euro-Kritik zur nationalistisch-völkischen Partei	93
7.2 Charakteristische Merkmale der neuen Rechten	98
7.3 Gesellschaftlicher Nährboden	99
7.4 Soziale Treiber	102
7.5 Dynamischer Aufstieg	103
7.6 Tektonische Verwerfungen	105
7.7 Fluchtbewegung als Katalysator	111
7.8 Bundestagswahl 2017	116
8. Ausblick	119
9. Literatur	125

1. Soziale Ungleichheit – Rückkehr der Klassenfrage

Der umfassende gesellschaftlich-staatliche Kontrollverlust und die sich in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ausbreitende Unsicherheit werden auch in den theoretisch-politischen Debatten der politischen Linken aufgegriffen. Keine Frage: Die aktuellen Umbrüche deuten auf eine tiefgreifende Umwälzung hin und zu Recht stellt sich die Assoziation an eine von Marx gegebene Beschreibung ein: Wir befinden uns in einem Epochenbruch sozial-politischer Umwälzungen. »Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten.« (Marx, MEW 13: 8f.)

Das Bild von der Rückkehr der Klassengesellschaft wirft aber Fragen auf. Die leichtfertige Unterstellung, längere Zeit seien im realexistierenden Kapitalismus die Klassenkonstellationen nicht existent gewesen oder aber in den politisch-theoretischen Konflikten nicht berücksichtigt worden, verweist auf eine Reihe von Implikationen: Wie werden die Umwälzungen der ökonomischen Bedingungen in den zurückliegenden Zeiten begründet und eingeschätzt? Ist die Verkennung oder Verdrängung der Klassenkonstellation auf die ideologischen Formen beschränkt gewesen? Die These von einer Rückkehr zur Klassengesellschaft stößt auf starke Vorbehalte, weil selbst die unterstellte Annahme einer Verschärfung sozio-ökonomischer Ungleichheiten nicht als Tendenz gedeutet werden könne, die Gesellschaft wieder auf das Niveau einer seit Jahrzehnten überwunden geglaubten sozialen Spaltung (Klassengesellschaft) zurückzuführen.

Selbst die Tendenz zur Verschärfung sozialer Unterschiede ist empirisch-theoretisch strittig. Die Einordnung der Verhältnisse in eine Klassengesellschaft stößt selbst dann auf große Skepsis, wenn, wie seit Pierre Bourdieu, der Produktionsmittelbesitz nicht mehr als die wesentlich asymmetrisch verteilte gesellschaftliche Ressource angesehen wird, sondern die Verfügung über Wissen und soziale Beziehungen ebenso wichtig sind für die Erklärung von Ungleich-

heit. Unbestritten ist: Der soziale Status der Lohnarbeit wird heute für die Mehrheit der Bevölkerung als allgemeine Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe¹ anerkannt, wenngleich der Zusammenhang von Einkommen mit den sonstigen »feinen Unterschieden« in der kulturellen Praxis nach wie vor großen Diskussionsstoff liefert.

Über die sich wandelnde Schicht- und Milieuzugehörigkeiten »jenseits von Klasse und Stand« (Ulrich Beck) in der Sozialstrukturanalyse gibt es keinen breiten gesellschaftlichen Konsens. Mit Verweis auf die sozialen Transfers wird vor allem die Inklusionskraft des »Modells Lohnarbeit« (Robert Castel) infrage gestellt. Die Unterprivilegierung und Chancenarmut werden in den entwickelten kapitalistischen Ländern eher auf den Zugang und die Ausgestaltung der sozialstaatlichen Leistungen und Transfers rückbezogen. Soll man und kann man dies mit dem Klassenbegriff erfassen, wobei die unterliegenden gesellschaftlichen Trends in der Regel nicht in die makro-ökonomischen oder globalen Ursachen-Konstellationen einbezogen sind?

Die sozialwissenschaftlichen Debatten um die »innere Landnahme« des Kapitalismus als Faktor für die Erklärung von Entwicklungsstadien sind bis heute aktuell, auch wenn der Erklärungswert für die permanente Umwälzung des Kapitalismus in der Regel nicht herausgearbeitet und schon gar nicht in den Zusammenhang mit der politischen Ökonomie der kapitalistischen Klassengesellschaft eingeordnet wird.² Die Journalistin Ulrike Herrmann erhebt diese Unverbundenheit zwischen Krise oder Unsicherheit und Kapitalismus als Wirtschaftssystem in den Rang einer Kernthese: »Marx war sich der Dialektik bewusst, dass der Kapitalismus eine Ordnung ist, die durch Chaos entsteht.« Kapitalismus sei Unsicherheit. »Er hatte den Glauben aufgegeben, dass der Kapitalismus durch seine Krisen kollabiert.« Crash und Weltwirtschaftskrise könn-

¹ Vgl. dazu Riexinger 2018; McDonnell 2018

² In seiner Skizze über die aktuelle Gesellschaftsanalyse fasst Heitmeyer zusammen: »Die Frage, wie sich der Kapitalismus entwickelt, wird seit geraumer Zeit mit Hilfe eines Theorems von David Harvey (2006) verfolgt. Danach läßt sich diese Entwicklung als Abfolge von Landnahmen nichtkapitalistischen Terrains verstehen und zwar nicht nur im räumlichen Sinn. Vor allem der Jenaer Soziologe Klaus Dörre hat dieses Konzept aufgegriffen und weiter differenziert: »Die Ausdehnung des Kapitalismus erfolgt im Medium der Zeit, außerhalb wie innerhalb nationaler Gesellschaften, sektoral wie feldspezifisch, und sie erfasst Produktionsweisen, soziale Gruppen, Lebensformen und selbst die Persönlichkeitsstrukturen ...« Dass die territoriale Landnahme seit einigen Jahrzehnten weitgehend beendet ist – inzwischen ist schließlich die gesamte Weltwirtschaft kapitalistisch organisiert – hat zu einer Landnahme des Sozialen geführt.« (Heitmeyer 2018: 119) Über den Zusammenhang des »Landnahme-Theorems« und der Marxschen Kapitalismusanalyse siehe: Bischoff/Krüger/Lieber 2019.

ten dem kapitalistischen System nichts anhaben. Man könne auf die Aneignung des Begriffs »Kapitalismus«, also des Systems der Kritik der politischen Ökonomie verzichten. (Herrmann 2018)

Der im Zusammenhang mit der Kritik der politischen Ökonomie als zusammenfassende Formel bestimmte Klassenbegriff basiert auf der Wertschöpfung, d.h. der Erzeugung und Verteilung der Lebensressourcen und damit der Lebenschancen in Gegenwart und Zukunft. Die Frage, ob wir noch in einer Klassengesellschaft leben, ist damit immer auch die Frage nach der Inklusivität, der Stabilität und der Sinnhaftigkeit des sozialen Fortschritts. In den Formeln von der Abwendung von oder einer Rückkehr zur Klassengesellschaft kommt krass zum Ausdruck, dass die Frage nach sozialer Ungleichheit, nach Machtasymmetrien etc. überhaupt nicht in den sozio-ökonomischen Kontext des permanenten Wandels oder der Transformation der kapitalistischen Ökonomie eingebunden ist. Damit bleibt die Verbindung der Erscheinungsformen des Status der Lohnarbeit mit den Tendenzen oder Gesetzen der gesellschaftlichen Wertschöpfung unbestimmt, d.h. mit der Frage nach den Formen der Produktion und Reproduktion, sowie den Tendenzen der permanenten Entwicklung von Produktivkräften der gesellschaftlichen Arbeit sowie der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen.

So paradox es klingt: Für die Erörterung des Klassendiskurses kann man auf die Beantwortung der Frage, wie es sein kann, dass Reichtum Armut schafft, verzichten. Folgt man den Thesen von Nachtwey (2016) über die Abstiegs-gesellschaft, an dessen Einordnung und Periodisierung sich der aktuelle Klassendiskurs orientiert, so ergibt sich ein klares Schema:

1. Die soziale wie politische Agenda, die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts auf den Zusammenhalt der modernen europäischen Gesellschaften ausgerichtet war, besitzt im 21. Jahrhundert keine Gültigkeit mehr. Der entgrenzte, »globalisierte« und finanzialisierte Kapitalismus bewegt sich in anderen Widersprüchen als der organisierte Kapitalismus unter der US-Hegemonie des 20. Jahrhunderts.
2. In Anknüpfung an den »Fahrstuhleffekt« (Beck 1986) bewirkt die Epoche der sozialen Moderne bis Ende der 1980er Jahre eine fortschreitende Ent-Proletarisierung und Entfaltung des Wohlfahrtsstaats: Einführung der Fünftageweche, Tarifautonomie, Krankenversicherung, garantierte Renten und wachsende soziale Aufstiegschancen. Für alle Schichten der kapitalistischen Gesellschaft geht es aufwärts.
3. In der Transformation zum Postwachstumskapitalismus haben sich die Strukturen des Erwerbslebens stark verändert. Karrieren sind weniger planbar, Aufstiegschancen beschränkt, soziale Sicherungssysteme porös geworden. Mit dem Postwachstumskapitalismus beginnt die regressive Modernisierung der Gesellschaft unter neoliberalen Vorzeichen. Die veränderte kapitalistische

Gesellschaft zeichnet sich vor allem durch Vermögens- und Einkommensungleichheit, eine zunehmende Zahl einfacher und schlecht bezahlter Jobs, den Verlust sozialer und solidarischer Bindungen und das Entstehen eines auch hochqualifizierten Prekariats aus. Die Arbeitsmarktteilhabe von Frauen ist zwar generell gestiegen. Die Wirksamkeit der Wettbewerbsprinzipien haben sich von den Unternehmen auch auf den öffentlichen Sektor ausgeweitet mit der Folge: Leistungen werden vielfach ausgelagert, Leiharbeiter*innen angestellt und tarifliche Sicherungen entfallen. Mit dem Schrumpfen sozialer Sicherungssysteme wächst die Gefahr gesellschaftlicher Spaltung. Die zusammenfassende Formel lautet: »Die europäischen Gesellschaften sind zwar gleichberechtigter, aber sozial wieder ungleicher geworden.«

4. Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Position und politischer Macht ist wieder stärker geworden. Die Politik hat sich von der Bürger-Demokratie der 1960er und 1970er Jahre in eine Elitendemokratie gewandelt.

Die Klassenkonstellationen treten mit der regressiven Moderne wieder – so die These – in Erscheinung und werden aufseiten der politischen Linken als Rückkehr zur Klassengesellschaft gewertet: »Wir leben (wieder) in einer Klassengesellschaft. Ungleichheiten nehmen zu, soziale Spaltungen verfestigen sich, selbstverständliche soziale Sicherheiten sind einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit und der Angst vor Abstieg gewichen. Selbst die vermeintlich gesicherte Mitte muss immer mehr Anstrengungen unternehmen, um ihren Status zu halten.« (Candeias 2017; vgl. auch Riexinger 2017)

Gerade am »Mythos Mitte« zeige sich der Epochenumbruch, unterstreicht Ulf Kadritzke: »Erst seitdem neue soziale Spaltungen drohen und die Angst auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, läuten die Alarmglocken. Die übergreifenden Folgeschäden rücken erst ins Blickfeld, wenn sich die Legitimationsprobleme des demokratischen Kapitalismus in der Mitte verschärfen. Und während man auf der Verteilungsebene die Einkommensmitte samt ihrem Angstpegel penibel vermisst, bleiben die kapitalistischen Produktionsformen der Ungleichheit und die Klassengesellschaft weitgehend im Dunkeln.« (Kadritzke 2016)

Die Schlafmützigkeit der soziologischen und politischen Diagnose offenbare sich heute darin, dass eine überzeugende Analyse über die sozial-ökonomischen Strukturveränderungen von Klassen und Schichten nicht im Ansatz vorhanden ist. »Die Lohnabhängigkeit als übergreifendes Klassenmerkmal hat offenbar ausgedient. Die Forschung nutzt die Kriterien des Einkommens und der beruflichen Qualifikation für immer feinere Abstufungen in der Mitte und löst mit diesen »Fakten« die Gemeinsamkeit der Lohnabhängigen auf. Sie schottet die Restklasse der Armen und Abgehängten nach oben gegen eine breite Mittelschicht ab, nach der die Gesellschaft insgesamt benannt wird.« (ebd.)

In der Tat: Die Aussage vom (zeitweiligen) Verlust des Klassencharakters der Wertschöpfung im Kapitalismus aufseiten des wissenschaftlichen oder ideologischen Wissens sowie einer erneuten Anerkennung dieser Zusammenhänge hängt zunächst von einer überzeugenden Analyse der sozial-ökonomischen Strukturveränderungen in den kapitalistischen Gesellschaften ab.

Wir wollen dagegen festhalten: Für das Verständnis der »Klassenfrage« ist die Interpretation der Kritik der politischen Ökonomie zentral. Es geht dabei um eine wesentlich von den bürgerlichen, in den kapitalistischen Vorstellungen selbst befangenen Ökonomen sich unterscheidende Auffassung sowie um ein spezifisches Verständnis von Wertschöpfung und um die Reproduktion dieses spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses, inklusive der notwendigen Form der ökonomischen Entwicklung, der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Die von Marx entwickelte Argumentation greift über die These hinaus, dass Kapitalismus Unsicherheit ist, also die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlicher Zustände: »Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Reproduktion des Verhältnisses, sie ist seine Reproduktion auf stets wachsender Stufenleiter, und im selben Masse, wie mit der kapitalistischen Produktionsweise die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit sich entwickelt, wächst der dem Arbeiter gegenüber aufgetürmte Reichtum, als ihn beherrschender Reichtum, als Kapital, dehnt sich ihm gegenüber die Welt des Reichtums als eine ihm fremde und ihn beherrschende Welt aus, und in demselben Verhältnis entwickelt sich seine subjektive Armut, Bedürftigkeit und Abhängigkeit im Gegensatz. Seine Entleerung und jene Fülle entsprechen sich, gehn gleichen Schritt. Zugleich vermehrt sich die Masse dieser lebendigen Produktionsmittel des Kapitals, das arbeitende Proletariat ... Auf Basis dieses veränderten Verhältnisses entwickelt sich aber eine spezifisch veränderte Produktionsweise, die einerseits neue materielle Produktivkräfte schafft, andererseits auf deren Grundlage sich erst entwickelt, und damit in der Tat sich neue reale Bedingungen schafft. Es tritt damit eine vollständige ökonomische Revolution ein, die einerseits erst der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit ihre realen Bedingungen schafft, vollendet, entsprechende Form gibt, andererseits in den von ihr gegensätzlich zum Arbeiter entwickelten Produktivkräften der Arbeit, Produktionsbedingungen und Verkehrsverhältnissen, die realen Bedingungen einer neuen, die gegensätzliche Form der kapitalistischen Produktionsweise aufhebenden Produktionsweise, und so die materielle Basis eines neu gestalteten gesellschaftlichen Lebensprozesses und damit einer neuen Gesellschaftsformation schafft.« (Marx, Resultate: 84)

Die Rückkehr der Klassenfrage und das Bemühen um eine moderne Klassenpolitik stehen neben der Transformation der kapitalistischen Gesellschaft ofenkundig im Zusammenhang damit, dass die Verknüpfung der sozialen Probleme

me mit rechtspopulistischen Protesten unübersehbar ist. Der für das überlieferte Parteiensystem zerstörerische Rechtstrend in den meisten kapitalistischen Ländern ist nicht so sehr das Resultat ideologischer Überzeugungen (außer für Minderheiten), sondern das Resultat einer immensen Wut bei einem Teil der Wahlbevölkerung, die sich – anfänglich ohne Adressaten – seit Längerem aufgestaut hat. Dieses Empfinden von Ohnmacht und Wut speist sich aus anhaltend stärker gewordenen Abstiegs- und Zukunftsängsten. Nach längerer Vorgeschichte bricht dieses diffuse Gemisch auf und findet in den rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen wie Parteien einen politischen Adressaten. Sie fungieren als Katalysator und Verstärker des rechten Ressentiments. Erreicht dieser rechte Protest die staatlichen Institutionen und kann sich hier partiell festsetzen, wird die Einhegung durch Kräfte aus der Zivilgesellschaft schwierig.

In den Politiken des Krisenmanagements zeigt sich eine autoritäre Wendung des neoliberalen Projekts. Immer wieder wurde die Deregulierung als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen und Kapital- und Marktlogik zu stärken. Gleichwohl kann die Rückkehr der Klassenfrage nicht als Wiederbelebung einer überholten Klassenkonstellation interpretiert werden. Candeias mahnt daher: »Wenn wir also von einer notwendigen Rückkehr zur Klassenfrage sprechen, reden wir nicht über eine Rückkehr zu einem reduktionistischen Konzept von Klasse oder zum vermeintlichen Hauptwiderspruch, sondern eben über eine neue Klassenpolitik, die ohne belehrende Political Correctness von Beginn an die Verwobenheit der Unterdrückungsverhältnisse ... denkt, ... das heißt, die Klasse in ihrer Vielfältigkeit erst einmal sichtbar werden zu lassen.« (Candeias 2017)³ Bevor wir auf das Themenfeld »moderne Klassengesellschaft« eingehen, ist zunächst ein Blick auf die globale Transformation des Kapitalismus und die »Berliner Republik« geboten.

³ Alex Demirović (2017) präzisiert: »Eine gemeinsame Identität und gemeinsame Handlungsperspektiven ergeben sich nicht gleichsam wie von selbst aus den Produktionsverhältnissen ... die Objektivität kann nicht auf ökonomische Interessen und Marktpositionen reduziert werden. Klassen werden durch die Gesamtheit der ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnisse und in ihrem Verhältnis zueinander bestimmt. Dieses Verhältnis ist in seiner Gesamtheit eines des Klassenkampfes. Klassen verkörpern demnach immer ein ganzes Bündel von Klassenpraktiken, die das Ergebnis vorangegangener Kämpfe und Kompromisse zwischen den Klassen sind.«

2. Globalisierung und ihre Schattenseiten

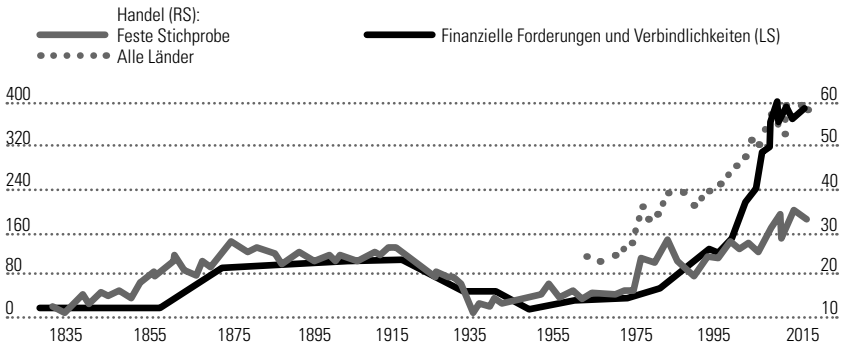
Die Globalisierung steht für eine zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Das ist Ergebnis einer fehlgeleiteten Politik der rigorosen Deregulierung und Privatisierung. Vor allem seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 wollen immer mehr Menschen diese Politik nicht mehr mittragen. Das ist der Nährboden für den Aufstieg der Populisten in den USA, aber auch in Europa.

Die Eliten der entwickelten kapitalistischen Länder haben ab den 1990er Jahren weltweit eine zweifelhafte Form von Globalisierung vorangetrieben (zum Ausmaß der Globalisierung siehe Abbildung 1). Der Freihandel wurde kaum mehr infrage gestellt. Es galt die Maxime »Je mehr, desto besser«. Es war theoretisch wie praktisch-politisch stets unbestritten, dass Freihandel in einzelnen Staaten über verschärften Wettbewerb, Arbeitsplatzverluste und Lohndruck auch Verlierer produziert. Selbst wenn das wirtschaftliche Produkt als Ganzes größer wird – und das wird es –, können die Verliererschichten nicht ohne Weiteres in andere Branchen ausweichen. Freihandel führt immer zur Frage, wie die Gewinne zwischen Siegern und Verlierern verteilt werden. Darum müssen sich die Politiker*innen kümmern. Doch das haben sie nicht getan. Stattdessen galt in der Politik wie in der ökonomischen Lehre die naive Vorstellung des »Trickle-down«-Effekts, dass also die Gewinne der Globalisierung auf alle Bevölkerungsschichten rieseln. Das war naiv und falsch. Eine Mischung von mehreren Faktoren führte dazu, dass es nach dieser Transformation zu einer Regression oder populistischen Revolte kommt: die Hyperglobalisierung, die technologische Entwicklung (Digitalisierung), die große Finanzkrise von 2008 und die politischen Maßnahmen danach, die mehr den großen Banken als den einfachen Bürger*innen zugutekamen. In Europa ging man zudem extrem falsch mit der Eurokrise um, die Austeritätspolitik war gegen die breite Bevölkerung gerichtet und all dies schürte gesellschaftliche Ängste. Wir können die einzelnen Faktoren nicht gewichten, aber ihre Mischung bot den Nährboden für populistische Parteien, um die Ängste der Bevölkerung zu instrumentalisieren.

In den 1990er Jahren wurde schrittweise ein neues Handelsregime implementiert. Zuvor, im GATT-System der General Agreements on Tariffs and Trade, ging es effektiv um den Abbau von Handelszöllen. Das war sinnvoll, denn der ökonomische Nutzen eines Abbaus hoher Zölle ist groß. Unter dem WTO-Regime kam es dann aber immer mehr zum Abbau von sogenannten nicht tarifären Handelshemmnissen. Es ging um die Angleichung von inländischen Regu-

Abb. 1: Zweite Welle der wirtschaftlichen Globalisierung übertrifft die erste

Prozent des BIP der betrachteten Ländergruppe



Quelle: BIZ Jahresbericht 2017

lierungen, um Harmonisierung, um das Verbot von Subventionen, den Schutz von Investoren und von intellektuellem Eigentum und dergleichen. Unter der WTO wurde die Maximierung des internationalen Handels zum erklärten Ziel. Dabei wurde die Frage vergessen, ob dies für einzelne Länder auch sinnvoll ist, denn der volkswirtschaftliche Grenznutzen dieser Art von Freihandelsabkommen wurde immer geringer.

Zum anderen wurde diese Transformation durch die Globalisierung der Kapitalströme befördert. Mächtige Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die OECD verschrieben sich der Ideologie, die Kapitalströme zu liberalisieren. Länder mussten ihre Kapitalbilanzen öffnen. Was zuvor die Ausnahme war, wurde zur Norm. Damit entstanden negative Formen der Globalisierung, die primär den Interessen der multinationalen Konzerne und den Großbanken dienen. Eine Folge davon war auch die größere Krisenanfälligkeit des Weltfinanzsystems, was sich beispielsweise 1997 in Asien oder 2008 weltweit zeigte.

Technologisch vorangetrieben wurde das Stadium der Globalisierung mit der Entwicklung der Informationstechnologie, speziell dem World Wide Web. Die Informationstechnologie veränderte die Finanzmärkte, globalisierte aber auch die industrielle Produktion und den Handel, sowohl Business to Business als auch Business to Consumer. Die Finanzialisierung der Wirtschaft und der Aufstieg des kommerziellen Internets hängen direkt zusammen. Unter dem Begriff der Finanzialisierung wird eine Veränderung der Kapitalakkumulation in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien seit den 1980er Jahren verstanden. Als Folge gewannen die Finanzmärkte gegenüber Agrarwirtschaft, Industrie und nicht-finanziellen Dienstleistungen (der sogenannten Realwirtschaft)

an Bedeutung. Finanzialisierung bezeichnet einen Prozess, in dessen Verlauf Realwirtschaftsunternehmen, Staaten und Privathaushalte die Finanzierung ihrer Investitionen zunehmend auf marktvermittelte Kredite umstellen, was Konsequenzen für die Eigentumsstruktur hat, und zudem immer mehr Einkommen aus Finanzanlagen generiert.

Diese Ausweitung des Finanzsektors stützt sich auf digitale Technologien, in die aus der Finanzwirtschaft enorme Summen investiert wurden mit dem Ziel, die eigene Infrastruktur zu stärken und Produktinnovationen in diesem Bereich voranzutreiben. Solche Produktinnovation waren etwa der Hochfrequenzhandel und das automatisierte Trading für Investitionen in Rechenpower, Programmierkunst und Hardware. Die Finanzialisierung stützt sich auf elektronische und digitale Technologien, also auf die konsequente Verschränkung von Informationsverarbeitung und Telekommunikation. Die Finanzialisierung prägt die Infrastruktur des digitalen Kapitalismus. Somit bildeten die Netzinfrastrukturen und softwaregesteuerten Finanzprodukte und Arbeitsweisen das Rückgrat des weltumspannenden Finanzsystems. Auch die privaten Haushalte können sich dieser Transformation immer weniger entziehen. Im Alltagsleben nehmen der Kauf und Verkauf von Waren per Internet weltweit zu. Mindestens so bedeutsam wie der Handel mit »handfester« Ware dürfte derjenige mit downloadbarer Software sein. Konzerne, zum Beispiel Autohersteller, können sich per Internet ihre Zulieferbetriebe in der ganzen Welt aussuchen und sie in Konkurrenz zueinander setzen. Der Handel zwischen Firmen macht einen nicht unwesentlichen Teil des Welthandels aus.

Für das heutige Akkumulationsregime kennzeichnend ist aber *das Offshoring*, die Auslagerung von Teilaufgaben oder Produktionsschritten in andere Länder. So sind transnationale Wertschöpfungsketten entstanden. Kriterien für Offshoring können niedrige Lohnstückkosten, niedrige arbeitsrechtliche Standards, niedrige Umweltstandards, geringe Steuerbelastung oder aber auch ein hohes technisches Know-how sein. Transnationale oder globale Wertschöpfungsketten sind wiederum ohne weltweite Vernetzung per Internet oder Intranet eines Konzerns nicht denkbar. Indiz für die Praxis des Offshoring ist die massive Zunahme ausländischer Direktinvestitionen (ADI). Die Summe der ADI hat sich von 1985 bis 2001 verzehnfacht und danach bis 2007 noch einmal fast verdoppelt.

Auf den Finanzmärkten sind dank der IT Transaktionen in Bruchteilen von Sekunden möglich geworden – Transaktionen, die nicht von einem Banker nach persönlichem Kalkül entschieden werden, sondern vom Computer mithilfe von Algorithmen. Dieser Hochfrequenzhandel auf der virtuellen Börse vernetzter Computer macht den Markt äußerst volatil. Die weltweiten Finanzströme sind unkontrollierbar geworden. Die politisch gewollte Deregulierung hat die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte verschärft. Die Deregulierung umfasst erstens

die Liberalisierung des außerbörslichen Handels, wo institutionelle Anleger, also Versicherungen, Investmentgesellschaften und -fonds, darunter die berühmten Hedgefonds, unbeschränkt und unkontrolliert ihre spekulativen Geschäfte betreiben können. Fragwürdige Praktiken wie Leerverkäufe oder kreditfinanzierte spekulative Geschäfte, das sog. Hebeln, unterliegen keiner Beschränkung. Dazu kommt zweitens die unbeschränkte Freigabe des Handels mit Derivaten, die, weil äußerst risikobehaftet, wie Brandbeschleuniger auf den globalisierten Finanzmärkten wirken. Diese Liberalisierung hat Finanzmärkte geschaffen, die nicht mehr primär dazu da sind, Geld für private Investitionen oder staatliche Haushalte bereitzustellen, sondern ausschließlich die Funktion haben, die Geld und Kreditzirkulation zu beschleunigen.

2.1 Globalisierung des Kapitals

Dadurch dass sich Industrieunternehmen zunehmend nach US-amerikanischem Vorbild über Commercial Paper auf dem internationalen Markt finanzierten, wurde die Globalisierung der Finanzmärkte gefördert. Ihre Aufblähung und ihr Bedeutungszuwachs für die Weltwirtschaft sind auf vier Entwicklungen zurückzuführen:

- die Kapitalisierung der Altersrenten, und damit Zunahme der Pensionsfonds, sowie von Versicherungen, die früher von der Sozialgesetzgebung geregelt waren;
- die zunehmende Kreditfinanzierung der Staaten zur Kompensation der Steuerentlastung für vermögende Schichten;
- die Privatisierung von öffentlichen Diensten und Infrastruktur, d.h. ihre Umwandlung in Objekte der Kapitalanlage;
- die Zunahme des anlagensuchenden Kapitals, das sich bei wenigen konzentriert. Dies hat Investmentfonds zum erfolgreichen Geschäftsmodell gemacht.

Der globale Operationsraum hat das Kapital erstens von vielen Fesseln nationaler Gesetzgebung befreit. Unternehmen können zweitens weltweit zwischen arbeits- und kapitalintensiven Produktionsstandorten wählen. Mit der Globalisierung lassen sich drittens Hürden der Mehrwertrealisierung leichter überwinden, weil der ganze Weltmarkt zur Verfügung steht. Mehr noch: Man kann in Billiglohnregionen produzieren und in Wohlstandszonen verkaufen. Und schließlich lässt sich der Wohlstandsmüll in den Ländern der Peripherie entsorgen.

Die Staaten wurden in den Standortwettbewerb um attraktive Verwertungsbedingungen getrieben. Die Regierungen wurden dazu angehalten, unternehmensrelevante Steuern zu senken, sozialstaatliche Leistungen zu beschränken, tarifrechtliche Regelungen auszuhebeln, womit Gewerkschaften geschwächt werden

– die Agenda 2010 ist das uns bekannte Muster – und aufgrund der Armut der öffentlichen Hand öffentliche Dienste und Infrastrukturaufgaben zu privatisieren. Joachim Hirsch hat diesen selektiven Umbau der Staatsfunktionen schon 1995 im Begriff des »nationalen Wettbewerbsstaats« gefasst.

Transnationale Unternehmen entrichten ihre Steuern dort, wo die Besteuerung niedrig oder nachlässig ist – wenn überhaupt Steuern gezahlt werden. Aufgrund der Streuung der Unternehmensteile können sie völlig legal den Zweigbetrieb für steuerpflichtig erklären, der in einem Steuerparadies angesiedelt ist. Zusätzliche Möglichkeiten der *Steuerflucht* bieten die zahlreichen Steueroasen.

Eine weitere Beschränkung staatlicher Steuerungsmöglichkeiten ist den Finanzmärkten geschuldet. *Währungsspekulation* kann Staaten in eine Schiefelage bringen. Vor allem Entwicklungsländer waren davon mehrfach bedroht, da das Kapital dort oft nur kurzfristig angelegt ist. Staaten mit Haushaltsdefiziten werden oft wegen der hohen Zinsen mit spekulativem Kapital überhäuft. Sobald die Anleihen von den Ratingagenturen, den selbst ernannten Hütern der Bonität, herabgestuft werden, gerät der Staat in einen Abwärtsstrudel.

Die EU, von der sich pro-europäische Akteure eine Rückgewinnung von politischer Handlungsfähigkeit gegenüber der globalisierten Wirtschaft versprochen hatten, ist selbst zum Projekt und Objekt jener Kräfte geworden, die gezähmt werden müssten. Die Konstruktion der EU ermöglicht nur bedingt demokratische Kontrolle. Die Rechte des Parlaments sind beschränkt. Politik wird von der Exekutive und der Europäischen Zentralbank gemacht. Eine europäische Öffentlichkeit gibt es bis heute nicht.

Nutznießer der *Freihandelsabkommen* sind stets die Mächtigen, sowohl die mächtigen, wirtschaftlich starken Staaten als auch die jeweils Mächtigen innerhalb der Vertragsstaaten. In den Ländern des Südens sind speziell die Bauern, Kleingewerbetreibenden und Fischer durch den Abbau von Zollschränken in ihrer Existenz bedroht. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten wird durch die Abkommen meist verfestigt. Nur wenigen Staaten ist es gelungen, durch den Aufbau eigener Verarbeitungsbetriebe die Abhängigkeit zu lockern. Insgesamt hat die »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2015) neue Bedeutung erlangt.

Auch die Landwirtschaft ist inzwischen globalisiert, nicht zuletzt aufgrund des politisch geförderten Bedarfs an Biotreibstoffen, aber auch wegen des erhöhten Konsumstandards in Industrie- und Schwellenländern. Beides hat Böden zu einem attraktiven Anlageobjekt gemacht. Investmentfonds und einzelne Spekulanten, auch Agromultis kaufen riesige Landflächen in Osteuropa, Afrika und Südostasien.

Spürbar wird die Globalisierung schließlich durch die ökologischen Schäden, die dem System eigen sind, das Umweltkosten wie soziale Kosten externalisiert, durch Klimawandel, Vermüllung der Meere etc. also – ein Aspekt, den

Ulrich Beck fokussiert, der darauf setzt, dass »das globale ökologische Gefahrenbewusstsein« (Beck 2007: 31) den gemeinsamen Widerstand wecken wird.

2.2 Verstärkung der Ungleichheit als Trend

Die Grundidee der Globalisierung war die Vermehrung des wachsenden Wohlstandes für alle. Tatsächlich war die derzeitige Weltwirtschaftsordnung sehr erfolgreich dabei, weltweites Wirtschaftswachstum zu sichern. Das betrifft vor allem einige Schwellenländer, aber auch die Industrieländer wachsen trotz eines erreichten hohen Niveaus weiter.

Doch dieser wachsende Wohlstand ist, sowohl was die Einkommen als auch die Vermögen betrifft, immer ungleicher verteilt. Die Reichen werden immer reicher, die Ärmsten werden immer ärmer. Das Wohlstandsversprechen der Globalisierung kommt bei vielen nicht an.

Der Einkommenszuwachs in der gesamten Periode der dynamisch zunehmenden Globalisierung zwischen 1980 und 2016 landete weltweit nur zu 12% bei der ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Die reichsten zehn Prozent dagegen bekamen 57% des Kuchens. Von der Tendenz her betraf das alle Weltregionen.

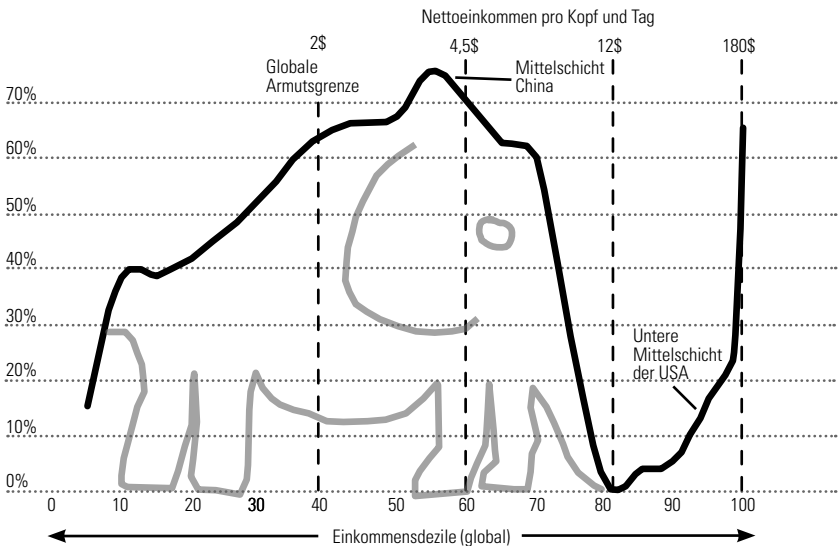
Die Schere zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen geht immer weiter auseinander. Seit Mitte der 1990er Jahre haben die 40% ärmeren Beschäftigten in Deutschland sogar reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Ihnen geht es also nicht nur relativ gegenüber Reichen schlechter.

Infolge der Globalisierung zeigen sich in der gesellschaftlichen Transformation zwei zentrale Trends: In den meisten Ländern sind die Einkommensunterschiede in den vergangenen 20 Jahren gewachsen. Das trifft auf reiche Länder zu wie die USA, Großbritannien, Deutschland oder Schweden, aber auch auf Indien, China und Russland. Andererseits ist die globale Ungleichheit aufgrund der sehr hohen Wachstumsraten in China und Indien gesunken. Ende der 1980er Jahre waren China arm, jetzt zählt das Land zur Mitte. Das ist die große Transformation.

Diese scheinbar widersprüchliche Kernbotschaft kann in einer mittlerweile berühmten »Elefanten-Grafik« zur Einkommensverteilung gebündelt werden, die der ehemalige Weltbank-Ökonom Branko Milanovic (2016) entwickelt hat (siehe Abbildung 2).

Abb. 2: Elefantenkurve: Einkommensteigerung 1988-2008

Kaufkraftbereinigt auf Basis 2005



Quelle: Branko Milanovic 2016

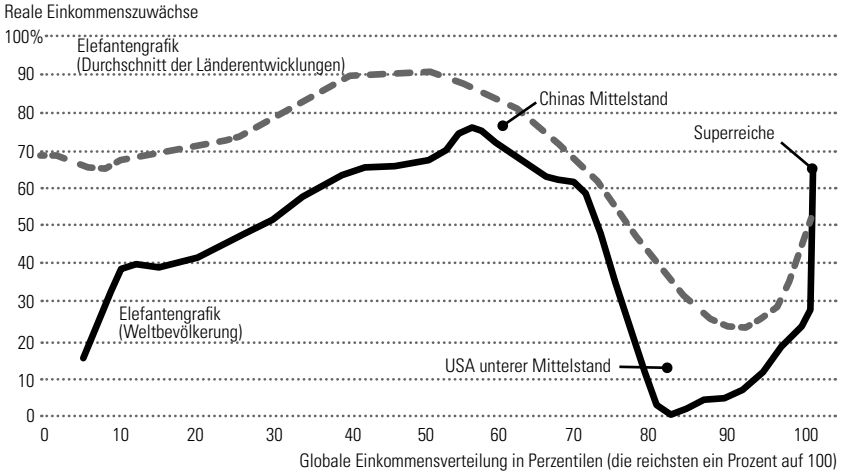
2.3 Die Expansion einer Mittelschicht in bestimmten Ländern

Die Daten basieren auf weltweiten Umfragen zu Haushaltseinkommen. Diese sind in der Grafik in Perzentilen dargestellt. Die gesamte Weltbevölkerung wird somit vom ärmsten Prozent bis zum reichsten Prozent in zahlenmäßig gleich große Gruppen eingeteilt. Die elefantenähnliche Kurve zeigt für jede Einkommensgruppe, um wie viel Prozent ihr Einkommen über 20 Jahre, von 1988 bis 2008, gestiegen ist.

Der Mittelstand in den reichen westlichen Ländern liegt ungefähr zwischen dem 80. und 95. Perzentil. Also genau dort, wo der Rüssel seinen Tiefpunkt hat, was einem Reallohnwachstum von null entspricht. Keine andere Einkommensgruppe steht so schlecht da.

Dass die Einkommensungleichheit weltweit sinkt, liegt am rasanten Aufholprozess in China und auch in Indien, was sich am Rücken des Elefanten zeigt. Der große Reformator Deng Xiao-ping hatte in den 1990er Jahren die Marktliberalisierung der Volksrepublik auch mit den Worten absegnet, dass manche im Land früher reich werden dürften. Damit beschrieb Deng die Ursache der steigenden Ungleichheit innerhalb der Länder, in denen die Ärmsten zurückfallen (der Schwanz des Elefanten). Ein Phänomen, das allerdings auch viele

Abb. 3: Globale Einkommenszuwächse zwischen 1988 und 2008



Quelle: Branko Milanovic, Christoph Lakner, NZZ.at

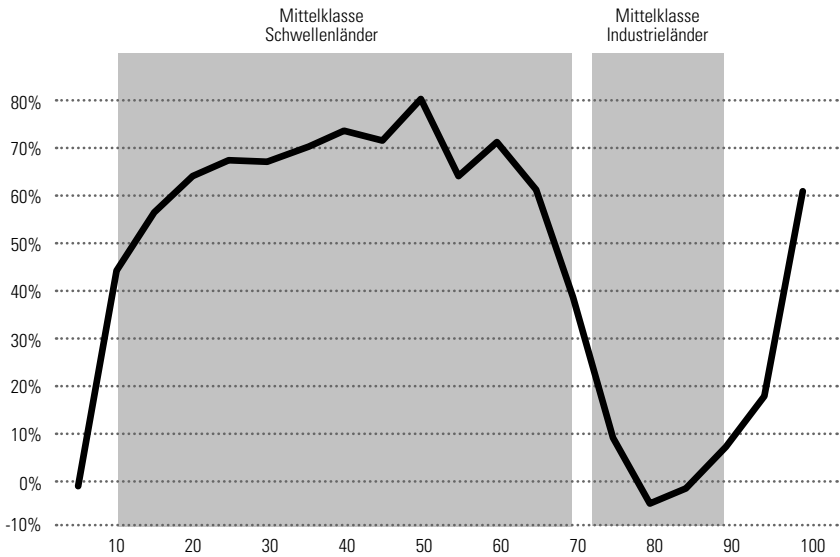
entwickelte Industriestaaten betrifft. Was die Politik und Wissenschaft im kapitalistischen Westen beunruhigt hat, war die These des Ungleichheitsforschers, dass die Einkommen der eigenen Mittelklasse stagniert haben (der Tiefpunkt des Rüssels), während die Einkommen der Superreichen weltweit am stärksten angestiegen sind (die erhobene Rüsselspitze).

Die Krise der Globalisierung ist vor allem eine Krise für bestimmte Bevölkerungsgruppen in reichen Ländern. In den meisten Industrienationen sind die Einkommen der unteren Hälfte der Bevölkerung in den vergangenen Jahren kaum gestiegen, jedenfalls deutlich weniger als die Einkommen der oberen zehn Prozent. Für die Menschheit insgesamt ist die Globalisierung eine Erfolgsgeschichte. Sie hat den Lebensstandard von Millionen von Arbeitnehmer*innen in Ländern wie China und Indien verbessert. In diesen Ländern ist eine neue Mittelschicht entstanden – womöglich auf Kosten der Mittelschicht in den alten Industrienationen. Denn ein großer Teil des Wohlstands kommt bei denjenigen an, die ohnehin schon wohlhabend sind. Dagegen gehen viele Menschen mit geringem Einkommen leer aus. Das gilt auch für Deutschland.

Das irritierende Fazit: Die frustrierten Globalisierungsverlierer haben auf die neoliberale Marktöffnung mit einer großen Regression geantwortet: also den Eliten eine rechtspopulistische Alternative (Brexit, Trump und nationalistische Bewegungen) entgegengestellt.

Diese globale Betrachtung ist ungewohnt, weil die Realitäten der Politik national sind. Die Einkommensungleichheit innerhalb vieler Länder hat seit den

Abb. 4: Veränderung der Realeinkommen nach 10-Prozent-Perzentilen weltweit
1988 bis 2008



1980er Jahren zugenommen (siehe Abbildung 3). Dies gilt namentlich auch für Staaten im Klub der Reichen (OECD-Länder). Besonders stark ist das Phänomen in den USA, die den Haupttreiber zur Ungleichheit darstellen.

»Wenn es Lehren aus der Geschichte gibt, dann einerseits die Gefahr einer amoklaufenden Globalisierung und andererseits die Formbarkeit des Kapitalismus. Es war der New Deal, der den Wohlfahrtsstaat und die kontrollierte Globalisierung unter dem Bretton-Woods-Regime, die letztlich marktwirtschaftlichen Gesellschaften das Überleben sicherte und den Nachkriegsboom ermöglichte.« (Rodrick 2018)

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die frühen 1980er Jahre gab es durchaus eine Periode, in der die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den entwickelten kapitalistischen Ländern rückläufig war. Diese Phase basierte auf vier Säulen: starken Gewerkschaften, Massenausbildung, hohen Steuern und ausgeprägten staatlichen Transferleistungen.

- In fast allen entwickelten Ländern ist die gewerkschaftliche Organisation insbesondere im Privatsektor zurückgegangen. Dieser Trend ist nicht vorwiegend auf eine gewerkschaftsfeindliche Politik zurückzuführen. Vielmehr hat sich die Organisation der Arbeit grundlegend verändert: Arbeitsplätze haben sich von der Industrie in den Dienstleistungssektor verlagert. Die ge-

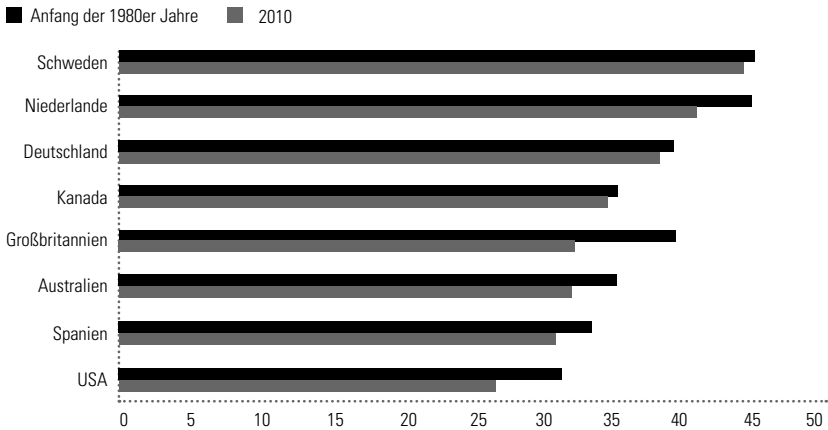
werkschaftliche Organisierung einer verstreuten Arbeiterschaft ist sehr viel schwieriger als die von Arbeiter*innen, die in einer einzigen großen Fabrik tätig sind und ein gemeinsames Interesse teilen. Die schwächer werdende Rolle der Gewerkschaften drückt mithin den Rückgang der Macht der Arbeit gegenüber dem Kapital aus.

- Die Massenausbildung war über einen längeren Zeitraum ein Weg zur Reduzierung der Ungleichheit, solange wie die Qualifizierung des Großteils der Industriearbeit im Zentrum stand. Wir können nicht erwarten, dass bei geringen Erhöhungen des durchschnittlichen Bildungsniveaus vergleichbare ausgleichende Effekte auf die Löhne zustande kommen wie in den zurückliegenden Entwicklungsphasen.
- Die hohe Besteuerung von Einkommen und starke soziale Transferzahlungen waren entscheidend für die Reduzierung der Einkommensungleichheit. In der neuen Entwicklungsstufe ist eine Rückkehr zu hohen, d.h. nivellierenden Steuersystemen politisch schwierig durchzusetzen. Wir müssen einen Weg finden, um hohe Einkommen und große Vermögen höher zu besteuern. Das wäre erstrebenswert. Nicht nur, weil dann Geld vorhanden wäre, um die Aufstiegschancen zu erhöhen. Es geht auch um ein Signal, nämlich dass die Gesellschaft ein bestimmtes Maß an Reichtumskonzentration wenn auch nicht verbietet, so doch ablehnt.

Die Haushalte vom 75. bis zum 90. Perzentil, was mehrheitlich der Mittelklasse in den Industrieländern entspricht, verzeichneten im Durchschnitt kaum reale Einkommensfortschritte. Gewisse mittlere Einkommensgruppen in den USA und in Westeuropa erzielen sogar tiefere reale Einkommen als noch ihre Elterngeneration, wie verschiedene Studien zeigen. Ihr Einkommen real vermehren konnten hingegen die einkommensstärksten rund 5% sowie insbesondere die »Top-1-Prozent« der Weltbevölkerung. (Siehe Abbildung 4)

Die Existenz der Mittelschichten wird in den entwickelten kapitalistischen Ländern von der anwachsenden Ungleichheit bedroht. Milanovic (2016: 205) macht diese Entwicklungstendenz am Beispiel der USA deutlich. »In den Vereinigten Staaten ist der Wandel besonders dramatisch: Der Mittelschicht werden Personen zugerechnet, deren verfügbares Einkommen (nach Steuern) in der Nähe des Medianwerts liegt (genauer gesagt, deren Einkommen in einer Bandbreite liegt, die von 25 Prozent unter bis 25 Prozent über dem Median reicht). Der Bevölkerungsanteil dieser Gruppe sank zwischen 1979 und 2010 von einem Drittel auf 27 Prozent.« Die Einkommensschichten, die sich um das Medianeinkommen gruppieren und deren Haupteinkommensquelle der Lohn ist, sind also seit 1979 um ein Fünftel geschrumpft. Es gibt auch Aufsteiger in höhere Einkommensschichten, aber die meisten Angehörigen dieser Gruppe sind in Richtung der niedrigeren Einkommenslagen abgestiegen.

Abb. 5: Verringerung des Bevölkerungsanteils der Mittelschicht in ausgewählten westlichen Demokratien, Anfang der 1980er Jahre bis 2010

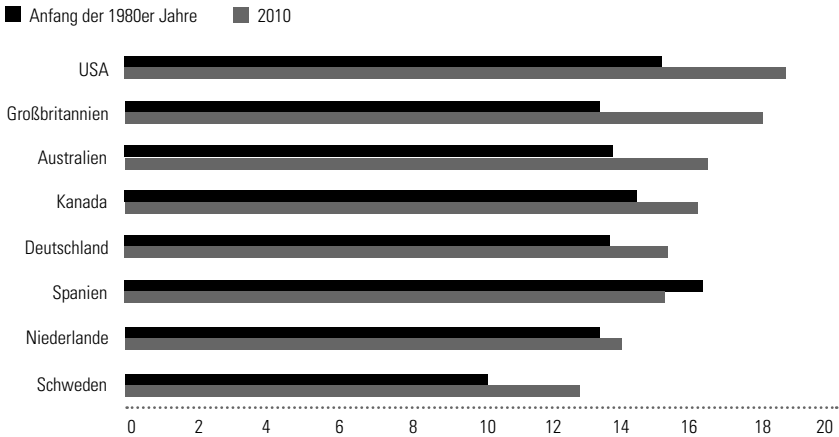


Die soziale Unsicherheit und wachsende Skepsis dieser Bevölkerungsschicht hängt zudem damit zusammen, dass das durchschnittliche Einkommen der Mittelschicht, das im Jahr 1979 noch 80% des Durchschnittseinkommens aller Amerikaner*innen entsprach, bis 2010 auf 77% des Durchschnittseinkommens zurückgegangen ist. Dieser doppelte Rückgang – einerseits des relativen Bevölkerungsanteils und andererseits ihres relativen Einkommensanteils – führte zu einem deutlichen Verlust sozial-ökonomischen Einflusses. Im Jahr 1979 hatte die Mittelschicht einen Anteil von 26% am Gesamteinkommen (oder Konsum). Im Jahr 2010 waren es nur noch 21%. Diese Erosion der Mittelschicht sehen wir nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie andere Indikatoren der Ungleichheit hat sich auch dieser in den Vereinigten Staaten dramatischer verändert als in anderen westlichen Ländern; gleichzeitig ist das Datenmaterial umfassender.

Abbildung 5⁴ zeigt den Rückgang des Bevölkerungsanteils der Mittelschicht in ausgewählten westlichen Demokratien zwischen den 1980er Jahren und 2010. In all diesen Ländern und wahrscheinlich auch in den meisten OECD-Staaten ist die Mittelschicht heute kleiner als vor 35 Jahren. Zugleich wird deutlich,

⁴ Die Mittelschicht wird als jene Personengruppe definiert, deren verfügbares Pro Kopf-Einkommen innerhalb einer Bandbreite liegt, die von 25 Prozent unterhalb bis 25 Prozent oberhalb des nationalen Medianwerts reicht. Die Länder sind nach dem Bevölkerungsanteil der Mittelschicht im Jahr 2010 gereiht. Datenquelle: Berechnet anhand von Daten aus der Datenbank Luxembourg Income Study, online verfügbar unter: www.lisdatacenter.org.

Abb. 6: Der steigende Einkommensanteil der reichsten fünf Prozent in ausgewählten westlichen Demokratien, Anfang der 1980er Jahre bis 2010



dass diese Entwicklungstendenz auch in den anderen kapitalistischen Metropolen zu registrieren ist.

Milanovic hat auch die Gegenteilstendenz bei den oberen Einkommensbeziehern betrachtet: Im Unterschied zur Erosion der Mittelschicht zeigt sich ein wachsender Anteil der Gruppe an der Spitze der Einkommensverteilung (siehe Abbildung 6).

»Das Einkommen der reichsten fünf Prozent der US-Amerikaner ist fast so hoch wie das der gesamten Mittelschicht des Landes. (Sofern nicht anders angegeben, ist immer vom verfügbaren oder Nachsteuereinkommen die Rede.) Der Einkommensanteil der wohlhabendsten fünf Prozent steigt in allen reichen Ländern.« (ebd.: 207)

Diese Verschiebung in der Einkommensverteilung hat Konsequenzen für den privaten Konsum und die Strukturen der Dienstleistungen. »Die Reichen kaufen mehr Luxusgüter als die Mittelschicht: teure Autos, Reisen, Restaurants, Juwelen. Folglich sind die Produzenten gut beraten, sich auf jene Art von Gütern und Dienstleistungen zu konzentrieren, die von den Reichen konsumiert werden.« (ebd.)

Diese Verschiebung der Einkommensverteilung schlägt sich auch bei den öffentlich-sozialen Dienstleistungen nieder. »Beispielsweise sinkt die Unterstützung für von der öffentlichen Hand erbrachte soziale Dienste, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Reichen ziehen es möglicherweise vor, aus den öffentlichen Systemen auszusteigen und Dienstleistungen besserer Qualität persönlich zu finanzieren (wie sie es in den Schwellenländern oft tun).